

Die Gleichheit.

Beitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3033) vierteljährlich ohne Bestellgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch, den 2. August
1899.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Alara Zetkin (Ehner), Stuttgart, Rottebühlstraße 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwänglerstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichniß.

Her mit dem Frauenwahlrecht. — Der internationale Frauenkongreß in London. Von Lily Braun-Berlin. (Schluß.) — Der Wahlrechtskampf in Wien. Von Adelheid Popp. — Jeannette Schwerin †. — Feuilleton: Zu eng. Aus den Papieren eines Arztes. Von Richard Dehmel. Notizentheil von Lily Braun und Alara Zetkin: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Dienstbotenfrage. — Frauenbewegung.

Her mit dem Frauenwahlrecht.

In Deutschland waren 1895 nach der Berufs- und Gewerbezählung 5 264 393 weibliche Personen berufstätig. Seit 1882 bis 1895 hat die weibliche Bevölkerung um 14,26 Prozent zugenommen, die Zahl der weiblichen Berufstätigen hat sich dagegen um 23,60 Prozent vermehrt, während die berufstätige Bevölkerung überhaupt nur um 17,80 Prozent gestiegen ist. Fast ein Viertel der gesammten weiblichen Bevölkerung des Deutschen Reiches, die weiblichen Kinder zartesten Alters einbegriffen, war 1895 berufstätig, nämlich 24,96 Prozent. Alle Berufsabtheilungen der amtlichen Statistik weisen eine Zunahme der erwerbsthätigen Frauen auf. Besonders vielversprechend ist, daß von 1882 bis 1895 die Zahl der berufsthätigen Ehefrauen um 3 Prozent gestiegen ist. Wie früher schon, so melden auch seit 1895 die Berichte der Fabrikinspektoren Jahr für Jahr von einer weiteren Ausdehnung der Frauenarbeit auf industriellem Gebiet. Dank dieser Entwicklung gewinnt die Frage des Frauenstimmrechts für immer breitere Kreise der Frauenwelt eine große praktische Bedeutung.

Für eigene Rechnung und eigenen Gewinn arbeitet nur der kleinste Theil jener Millionen von Frauen, welche mit Hand oder Hirn ihr Brot erwerben. Weitans die meisten von ihnen schaffen im Dienste eines Unternehmers, mag dieser eine einzelne Persönlichkeit sein oder durch eine Aktiengesellschaft repräsentirt werden, mag er seinem Personal in Gestalt eines Privatmanns entgegen treten oder als Staat und Kommune. Die Lehrerin, welche an einer Schulanstalt unterrichtet oder durch Privatstunden mühsam ein kärgliches Brot erwirbt; die „höhere Tochter“, welche für ein Geschäft „nebenbei“ sticht, näht oder Fächer malt; die Schriftstellerin, welche für „Familienblätter“ in Romanen und Gedichten die Kunst malträtirt; sie alle frohnden ebenso gut im Joche und zum Nutzen kapitalistischer Unternehmer wie die Textilarbeiterin, welche die Jenny Mill bedient, die Handelsgehilfin, welche im eleganten Fähnchen und ein Muß-Vächeln auf den Lippen hinter dem Ladentisch oder im Komptoir thätig ist und die Heimarbeiterin, welche am Rollbrett sitzt oder die Maschine tritt.

Im Dienste eines Unternehmers schaffen, das bedeutet aber Proletarierin sein, das bedeutet in beständigem Kampfe mit dem Unternehmer um möglichst günstige Arbeitsbedingungen ringen und gegen die kapitalistische Gesellschaft für Beseitigung der Lohnsklaverei kämpfen.

Das Interesse des Unternehmers erheischt, die Arbeitskraft — die körperliche wie die geistige — zu möglichst billigem Preise zu kaufen und so viel als nur irgend möglich aus ihr herauszuschlagen. Zu diesem Zwecke trachtet der Kapitalist, die Arbeitsbedingungen so billig als möglich zu gestalten. In dem Interesse der erwerbsthätigen Frau liegt es dagegen, daß sie ihre Arbeitskraft möglichst

theuer gezahlt erhält, damit sie menschenwürdig zu leben vermag, und daß sie ihre Arbeitskraft, ihr höchstes, oft ihr einziges Gut, so viel es irgend geht schon, indem sie übermäßige Anstrengungen und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen fernzuhalten sucht. Das Profitbegehren des Kapitalisten kennt keine menschliche Rücksicht auf das Wohl und Wehe der Hand- oder Kopfarbeiterin, die er ausbeutet. Das Interesse der Arbeiterin hat nichts zu thun mit dem Gewinn, den ihr „Brotherr“ aus ihrer Frohn herauspreßt. Daher mit Naturnothwendigkeit das erbitterte Ringen zwischen Proletarierin und Kapitalisten, daher zwischen Beiden der Kampf, in dem es keinen Frieden geben kann.

Der Sieger in diesem Kampfe bleibt der Unternehmer, denn er ist der wirtschaftlich Stärkere, und er ist in Folge dessen auch der politisch und sozial Bevorrechtete und Herrschende. Sein Besitz giebt ihm die Hungerpeitsche in die Hand, und die wenig oder nichts besitzende Frau, die ihre Arbeitskraft verkaufen muß, um leben zu können, wird durch ihre Lage, durch ihre Abhängigkeit vom Kapitalisten gezwungen, sich unter dessen Fuchtel zu beugen.

Der Kapitalist bedient sich nicht bloß seines wirtschaftlichen Uebergewichts, um zu Nutz und Frommen seines Selbsts die Zeit, die Kraft, die Gesundheit der Proletarierin als Mehrwerth in klingende Münze umzuprägen. Seinen Interessen dienen in erster Linie die Gesetze, die öffentlichen Gewalten. Wie der aus dem Stegreif lebende Raubritter des Mittelalters in seiner mauerumgürteten Burg, so liegt das Unternehmertum in den politischen Zuständen und Einrichtungen im Hinterhalt. Und dieser sichere, gefestete Hinterhalt ermöglicht ihm, die Hand- und Kopfarbeiterinnen bis auf die Knochen auszuplündern und vor Allem die auffällig werdenden Sklaven und Sklavinnen im Zaum zu halten. Mit starker Faust hält die Kapitalistenklasse die Klinke der Gesetzgebung und handhabt sie — basern nicht das Proletariat einen Antheil an der Macht erkämpft hat und die Zustände zu beeinflussen vermag — in ihrem eigenen Interesse.

Das Gesetz läßt die schamloseste Ausbeutung der Vielen durch die Wenigen als etwas Rechtmäßiges gelten, es heiligt die Lüge von dem „freien Arbeitsvertrag“. Kaum daß dank des Drucks von unten eine armselige Schutzgesetzgebung diesen vielberufenen „freien Arbeitsvertrag“ ein Weniges durchlöchert und damit die Ausbeutungsmacht der Unternehmer etwas zügelt. Das Gesetz verleiht dem Kapitalisten das Recht, in seinem Betrieb mittels der Arbeitsordnung der Proletarierin gegenüber Gesetzgeber, Ankläger und Richter in einer Person zu sein. Gesetze nehmen den Löwenantheil der gesellschaftlichen Lasten von den Schultern der Mark- und Thalermillionäre und büden ihn den Habenichtsen auf. Von Gesetzen werden in der Folge die notwendigsten Lebensbedürfnisse der blutarmen, welken Fabriklerin, der „standesgemäß“ darben den Lehrerin vertheuert. Und wenn die proletarische Frau durch die Geißelhiebe ihrer Lage zum Bewußtsein ihrer Leiden, ihrer Interessen und Rechtsansprüche wachgerüttelt wird, wenn sie nach besseren Arbeitsbedingungen, nach menschenwürdigeren Lebensverhältnissen strebt, wenn sie für ihre volle Befreiung von Noth und Knechtschaft kämpfen will: da sind Gesetze bei der Hand, um sie mit eisernem Drucke in ihrem Streben und Kämpfen zu hindern. Gesetze schlagen ihr die Waffen aus der Hand, mit denen sie sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zu schützen sucht, Gesetze binden ihr die Hände, wenn sie sich ihrer Haut wehren will. Da ist der berüchtigte § 153 der Gewerbeordnung, der für Proletarier und

Proletarierinnen das Koalitionsrecht zum großen Theile eskamotirt; da sind die Paragraphen des Strafgesetzes über Erpressung, groben Unfug x., welche zu dem gleichen Zwecke gebraucht und gemißbraucht werden können; da ist die knifflische und tistellige Ausdeutung der Vereins- und Versammlungsgesetze, da ist die Schneidigkeit der Polizei, welche verfassungsgemäß verbriefte Rechte niederzubütteln vermag; da droht das Gespenst des „Zuchthausgesetzes“, die Kommandirung des Militärs gegen den „inneren Feind“.

Die sozialen und politischen Zustände und Gesetze sind auf den Vortheil der Besitzenden zugeschnitten, weil sie zum weitaus größten Theil das Werk der Besitzenden sind, weil diese die fast alleinigen Inhaber der Macht waren und sich ihrer bedienten zur Mehrung und Sicherung ihrer Reichthümer und Vorrechte.

Mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ist es der werktätigen Masse möglich, auch ihrerseits durch die Gesetzgebung Einfluß auszuüben auf die Gestaltung der sozialpolitischen Zustände, auch ihrerseits in den Besitz der politischen Macht zu gelangen, um ihre Interessen gegenüber den Besitzenden und deren Rasse- und Herrschaftsgier zu wahren. Daher der grimme Haß, mit welchem der Kapitalistenklüngel dieses Wahlrecht beehrt, daher das „Scharfmachen“ zum „Umsturz von oben“ der das gehäßte Recht beseitigen soll. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist für die Besitzlosen und Frohndenden die wichtigste Waffe, um eine Einschränkung der zügellosen Ausbeutungsfreiheit zu erkämpfen, um die „Ordnung“ der Ausbeutung zu beseitigen.

Das Wahlrecht muß deshalb auch dem weiblichen Geschlechte zuerkannt werden. Den Millionen und Abermillionen erwerbsthätiger Frauen muß es möglich sein, durch Beeinflussung der politischen und sozialen Zustände sich Brot, Wissen, höheren Lebensgenuß und Freiheit zu erringen, mittels der politischen Macht dazu beizutragen, die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln zu heben und in der Folge das lastende Joch der Lohnsklaverei abzuschleudern. Als Proletarierinnen stehen viele Millionen berufsthätiger Frauen der Kapitalistenklasse in unverföhnlichem Gegensatz der Interessen gegenüber. Die Logik der Thatsachen dringt ihnen die Erkenntniß auf, daß sie von dem Mitgefühl der Besitzenden, dem Verständniß ihrer Staatsweisen und Staatsgewaltigen keine durchgreifende Besserung ihrer Lage zu erhoffen haben und noch weit weniger das Ende der Ausbeutung und Unfreiheit. Einzig und allein der energische, zähe, zielbewußte Kampf gegen die Kapitalistenklasse und die kapitalistische Gesellschaftsordnung bringt den Proletarierinnen mehr Wohl in der Gegenwart und die Befreiung in der Zukunft. In diesem Kampfe, den sie in Gemeinschaft mit allen Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts zu kämpfen haben, bedürfen sie des Wahlrechts als einer Waffe, als der wirksamsten Waffe. Der Stimmzettel ist eine Kugel, welche das System der Ausbeutung tödlicher trifft als das Attentat eines anarchistischen Bombenritters wider einen Mugnißker, eine Stütze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Proletarierinnen, denen der Kampf gegen den kapitalistischen Ausbeuter, denen der Kampf wider die kapitalistische Gesellschaft durch den unverföhnlichen Gegensatz der Interessen zwischen Kapital und Arbeit aufgezwungen wird, müssen deshalb laut und eindringlich die Forderung erheben: Her mit dem Frauenwahlrecht!

Der internationale Frauenkongreß in London.

Von Lily Braun-Berlin.

(Schluß.)

Von jeher hat man das weite Gebiet der Wohlthätigkeitsbestrebungen, die man neuerdings mit dem angenehmer klingenden Worte „Wohlfahrtspflege“ bezeichnet, der Frauenbewegung zugerechnet, theils des ganz äußerlichen Moments wegen, daß es vielfach Frauenarbeit in sich schließt, theils in der Ahnung von der Minderwerthigkeit der eigentlichen Frauenbewegung, die durch Hinzuziehung der Werke der Barmherzigkeit doch ein etwas ansehnlicheres Aussehen erhielt. Besonders Deutschland hat den Begriff „Frauenbewegung“ durchaus nicht erfassen wollen; Lina Morgenstern zählt ihre Volkstüchen noch heute der Frauenbewegung zu. Der Londoner Kongreß ist in denselben Fehler verfallen. In der Sektion für soziale Hilfsthätigkeit und

Wohlfahrtspflege führten die Damen stolz ihre guten Werke vor, anstatt daß man sich auf die Frage der Anstellung von Frauen als Armenpfleger, als Gefängnisdirektoren, als Aufseher und dergleichen mehr beschränkt hätte. Aus der Masse der verschiedensten Themata, die zur Verhandlung kamen, seien nur die wichtigsten hervorgehoben. Die Gefängnisdirektorin des Frauengefängnisses von Massachusetts (Nordamerika), das ausschließlich unter weiblicher Verwaltung und Aufsicht steht, Mrs. Johnson, berichtete über die dortige Gefangenepflege, die sich, unter Ausschließung aller Gewaltmaßregeln, nur darauf beschränkt, die Gefangenen moralisch und wirtschaftlich zu heben, indem sie ihnen guten Unterricht und Ausbildung in einem Berufsweig, der sie später ernähren kann, zu theil werden läßt. Die Haft verwandelt sich für die Sträflinge je nach ihrer Entwicklung mit der Zeit in die gelindeste Form. Man sucht denn auch auf das Gemüth der Sträflinge zu wirken, indem man sie anleitet, sich mit den kleinen Kindern der übrigen Gefangenen zu beschäftigen, indem man ihnen Thiere und Blumen zur Pflege giebt. Die Rednerin behauptete, daß ihre Thätigkeit eine so befriedigende sei, weil sie fast ausschließlich von schönstem Erfolg gekrönt ist. In England sind Frauen seit 1898 als Gefängnisinspektoren thätig; zwei von ihnen, die Herzogin von Bedford und Lady Battersea, gehören der Gefängnisverwaltung an. Erstere berichtete, daß nur 5 Gefängnisse in ganz Großbritannien der Inspektion durch Frauen entbehrten, und daß der Generaldirektor für Gefängniswesen für die Ausdehnung der Frauenarbeit auf diesem Gebiet die größte Sympathie und das lebhafteste Interesse habe. In den Ton sentimentalen Moralisirens verfiel die französische Delegirte, Frau Vogelot, die von den Gefahren für die Tugend sprach, denen die Frauen ausgesetzt sind und vor denen sie hauptsächlich zu bewahren wären. Die moralischen Krankheiten, so sagte sie, würden durch Mikroben und Bazillen in der Seele hervorgerufen, ebenso wie die physischen Krankheiten durch solche im Körper. Aber weder sie, noch eine der anderen Rednerinnen verlor ein Wort darüber, daß der einzige Verbrecherbazillus das Elend ist und man ihm zu Leibe gehen muß, wenn man vorbeugend wirken und die Gefängnisse leeren will. Ueber Besserungsanstalten wurde noch des Langen und Breiten verhandelt — die Redner waren nichts als Kurpfuscher, die allen Wunden gegenüber rufen: ein Pflaster drauf! Für die Kennzeichnung des rein bürgerlichen Standpunkts, der überall zu Tage trat, ist auch die Verhandlung über die Auswanderung der Frauen charakteristisch. Man erwartete etwas über die Gefahren zu hören, welche die auswandernden Frauen erwarten, über die traurigen Motive, die zur Auswanderung treiben, statt dessen erörterten Lords und Lady's mit viel Eifer den — Nothstand der Agrarier in den Kolonien, und malten das Loos der dortigen Dienstmädchen und Landarbeiterinnen mit den glänzendsten Farben, um recht Viele zur Reise ins unbekannt Land zu veranlassen. Eine Dame aus Australien erklärte ganz ernsthaft, daß man bei ihr zu Hause freilich „mit der letzten Sendung“ Menschenwaare nicht zufrieden gewesen wäre! Die Berichte der Vereine zum Schutze reisender Mädchen schlossen sich dem an, fanden aber keine Aufmerksamkeit mehr. Dagegen entzündete die Frage des Thier-spezies des Vogelschutzes wieder die, ach, so warmen Herzen der Zuhörer.

In derselben Sektion kamen auch die Führerinnen der Temperenzbewegung zum Wort, die seit Jahrzehnten in Amerika und England den Krieg gegen den Alkohol führen. Den besten Erfolg, den dieser Kampf bisher aufzuweisen hat, ist ein indirekter: die Frauen, die die Trunksucht bekämpfen, erkennen sehr bald, sofern sie klare Augen haben, daß sie die Ursachen des Uebels vernichten müssen, ehe sie zum Siege über die Symptome gelangen. Zu diesen Frauen gehörte die leider so früh verstorbene Miß Francis Willard, zu ihnen gehört, mit gewissen Einschränkungen, auch Lady Henry Somerset. Aber sie war auf dem Kongreß fast die einzige, die diesen Standpunkt vertrat. Sowohl die amerikanische Predigerin, Anna Shaw, die in der staatlichen Einschränkung der Schankkonzessionen ein Radikalmittel sah, als die Engländerin, Frau Ormiston Shant, erwarteten von dem moralischen Einfluß auf die Trinker Wunderdinge, obwohl grade die Letztere zugestehen mußte, daß die bisherigen Bemühungen vergebliche gewesen sind. In den letzten zehn Jahren hat die Trunksucht in England bei den Männern um 43 Prozent, bei den Frauen gar um 104 Prozent zugenommen. 8 Prozent Frauen starben an Delirium tremens, und 38 Prozent aller durch Frauen verübten Verbrechen waren direkte Folgen der Trunksucht. Die deutsche Vertreterin der Mäßigkeitsbewegung, Fräulein Hoffmann aus Bremen, schilderte die auch in Deutschland zunehmende Trunksucht, aber auch sie vergaß, daß wirtschaftliche Elend als die Grundursache des Lasters zu kennzeichnen. Sie pries die von ihr in Bremen gegründeten Kaffeehäuser für Arbeiter, die sicher eine sehr gute Einrichtung sind, aber sie sagte nicht, daß solche Mittel privater Fürsorge nichts als ein Tropfen auf einem heißen Stein sein können.

Eine ähnliche bewußte oder unbewußte Unkenntnis der wirtschaftlichen Ursachen trat auch zu Tage bei den Verhandlungen über die Sittlichkeitsfrage, oder wie das Thema genau lautete, über „die soziale Nothwendigkeit einer für beide Geschlechter gleichen Moral“. Die „doppelte Moral“, die als eine der traurigsten Früchte unserer wirtschaftlichen Zustände für Jeden erkennbar sein müßte, wurde, statt vom wirtschaftlichen, vom moralischen Standpunkt aus beleuchtet. Jede Rednerin pries ihr Spezialheilmittel an, von denen jedes an sich gewiß gut ist, keins aber das Uebel ausrotten kann. Miß Susan B. Anthony meinte, daß die Unsitlichkeit nicht eher wirksam zu bekämpfen wäre, ehe nicht die Frauen an der Gesetzgebung theilnehmen; Miß Hopkins verlangte eine Art Boykott über sittenlose Männer seitens der Mütter heirathsfähiger Töchter; die Gattin des Bischofs von London eine ernstere Erziehung der Söhne durch die Mütter; eine schwedische Delegirte sah in der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter das wichtigste Mittel zur Bekämpfung der Sittlosigkeit; Frau Bieber-Böhm predigte natürlich wieder den Feigenblattfeldzug gegen Literatur und Kunst, ohne daß ihr in ihrem Zelotismus im Entferntesten der Gedanke kam, daß die Geschosse, mit denen sie die Unsitlichkeit vernichten möchte, die Schönheit in der Kunst und die Sinnesfreude im Leben zerstören würden. Nur eine Rednerin erklärte die ökonomische Befreiung und Gleichstellung der Frau für das wesentlichste Mittel zur Bekämpfung der doppelten Moral. Sie fand weniger Anhänger als Frau Bieber. Vorträge über Frauenklubs, über Arbeiterinnenheime — Fräulein Salomon berichtete über die Berliner Gründung —, wurden in derselben Sektion gehalten; schließlich kam noch der Vortrag eines Herrn Parler zur Verlesung, der mit großem Aufwand von Mitleid und Pathos die Wohnungsnoth der gebildeten arbeitenden Frau schilderte. Er meinte, daß die gebildete Frau in Folge ihrer geringsten Einnahmen, die zu ihrer Bildung und ihrer Abluft in stärksten Mißverhältniß ständen, von allen arbeitenden Frauen am schlimmsten daran sei, und man daher verpflichtet sei, ihr in erster Linie durch Erbauung und Einrichtung großer Wohnhäuser mit gemeinsamen Lese-, Speise- und Wohnzimmern die nothwendige Behaglichkeit zu verschaffen. Von den Tausenden armer Näherinnen im Ostende Londons schien der gute Mann nie etwas gehört zu haben. Seine Zuhörer schienen seiner würdig zu sein, sie interessirten sich naturgemäß brennend für eine Sache, die ihre eigene Existenz berührte, und es scheint, daß die Gründung solcher Wohnhäuser in London das praktische Ergebnis — vielleicht das einzige — dieses Kongresses sein wird. Wir sind selbstverständlich weit entfernt davon, die Noth und den vielfach harten Kampf ums Dasein der Kopfarbeiterinnen zu verkennen; wir geben auch gerne zu, daß mit einer Lösung ihrer Wohnungsfrage viel für sie gethan wäre; was wir aber konstatiren müssen und grade bei diesem Kongreß immer wieder konstatiren können, ist der durchaus bürgerliche Klassencharakter, den alle behandelten Fragen, alle vorgeschlagenen Lösungen trugen. Darin liegt nicht einmal ein Vorwurf. Wogegen wir uns allein wenden, das ist die unhistorische und unpsychologische Meinung, als könnten diejenigen, die noch mit ihrem ganzen Sein, ihrem Denken und Fühlen der bürgerlichen Klasse angehören, die Kämpfe der Arbeiterklasse in hervorragendem Maße fördern.

Den Beweis für unsere Behauptungen lieferte die Sektion für Gesetzgebung und industrielle Frauenarbeit. Die Stellung der Frau im bürgerlichen Recht wurde von den Delegirten der verschiedenen Sektionen beleuchtet, und zwar wesentlich in Bezug auf das Vermögenrecht. Von deutscher Seite sprachen Frau Stritt und Fräulein Dr. Augspurg — ihre Namen genügen zur Kennzeichnung ihres Standpunkts, der in dem Kampfe gegen das bürgerliche Gesetzbuch zum deutlichen Ausdruck kam. Sehr Hervorragendes muß in diesem so überaus wichtigen ersten Theile der Sektion nicht geleistet worden sein, denn die Zeitungen schweigen darüber. Einen breiteren Raum nimmt die Frage der Fabrikgesetzgebung und der industriellen Frauenarbeit ein. Bei den Verhandlungen darüber trat die Interesslosigkeit der Masse der Kongreßtheilnehmer an der wichtigsten Seite der Frauenfrage drastisch zu Tage: es kam vor, daß in dem Saale, wo die betreffenden Verhandlungen stattfanden, nur 30—40 Personen — von über 2000! — anwesend waren, und ein auf Kenntnissen und eingehenden Studien beruhendes Verständnis zeigten nur wenige Redner, in erster Linie die uns nahestehenden Sozialpolitiker Sydney und Beatrice Webb, und unsere englischen Parteigenossen, Amie Hicks und Herbert Burrows. In der Frage der Arbeiterinnenschutzgesetzgebung plähten die Geister am schärfsten aufeinander. Die Baronin Alexandra Gripenberg, die in der Arbeiterinnenschutzgesetzgebung eine Degradirung des weiblichen Geschlechts sieht, gab den Ton an. Sie bekämpfte entschieden jede gesetzliche Einschränkung der Frauenarbeit, da eine solche nur dazu führen würde, die weiblichen Arbeiter aus den Fabriken und Werk-

stätten schließlich ganz zu verdrängen und durch Männer zu ersetzen. Es wäre, so meinte sie, eine unmenschliche Grausamkeit, der hungernden Frau, die jede Arbeit leisten will, um zu leben, oder ihr Kind zu erhalten, zu sagen: du darfst nicht arbeiten, was du willst.“ Die Majorität der Rednerinnen stand auf ihrer Seite, ja die französischen und belgischen Delegirten gingen so weit, das Verbot der Nacharbeit zu verwerfen im Namen der Freiheit der Frau! Daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Freiheit zu arbeiten, was und wann die Frau will, zur Sklaverei führt und nichts ist als die Freiheit schrankenloser Ausbeutung für den Unternehmer, fiel den bürgerlichen Damen nicht ein, und erst unsere Parteigenossen wiesen sie darauf hin. Diese erklärten auch, daß eine starke, für beide Geschlechter gemeinsame Arbeiterorganisation, die gleiche Arbeitsbedingungen erkämpfen könne, die nothwendige Ergänzung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes sei. Die Organisation der englischen Arbeiterinnen wurde von verschiedenen Seiten geschildert, und die Weberinnen von Lancashire, die, dank ihrer einheitlichen Organisation, gleiche Löhne wie die Männer erlangt haben, illustrierten trefflich den Standpunkt unserer Genossen. 100000 Arbeiterinnen sind in England organisiert, 11000 in dem kleinen Dänemark, von dessen riesenhaftem, wirtschaftlichen Kampfe eine Delegirte, Frau Hansen, erzählte. Hinreißend sprach Amie Hicks: „Sie halten von Moral triefende Reden, während Ihre Schwestern von Ihrer Gesellschaftsordnung ins Glend hineingetrieben werden; Sie begeistern sich für den ewigen Frieden, und sorgen mit Ihrer Kraft und Ihrem Gelde für die Verwundeten, aber dem Schlachtfeld des täglichen Lebens bleiben Sie fern. Wollen Sie für die Befreiung der Frau ernstlich kämpfen, wie Sie es vorgeben, zu thun, so kämpfen Sie zuerst für ihre ökonomische Befreiung!“ Und Burrows erklärte, daß es keine Frage gäbe, die nur Frauen angehe. Erst der gemeinsame Kampf von Männern und Frauen könne zum Siege führen, darum sei aller Nachdruck auf die gemeinsame Organisation zu legen. Für Nur-Frauenorganisationen sprachen sich nur Wenige aus, unter ihnen Frau Vincent, Delegirte der französischen Tabatarbeiter, von denen allein 25000 Frauen gewerkschaftlich organisiert sind. Sie — übrigens auch eine Gegnerin des Arbeiterinnenschutzes — gab interessante Details über Frauenlöhne in Frankreich. Im Durchschnitt verdient eine allein lebende Arbeiterin in 45 Arbeitswochen 935 Frs. (ungefähr 750 Mk.), sie braucht in dieser Zeit 900 Frs., es bleiben ihr also nur 35 Frs. für die etwa sieben Wochen der Arbeitslosigkeit übrig, ganz abgesehen von Krankheitsfällen und dergleichen unvorhergesehenen Ausgaben. Ein Bild, das uns Deutsche nicht gerade fremdartig berührt! Und doch waren die Vertreterinnen Deutschlands sprachlos! „Da bei uns die Kulturaufgaben nicht leiden“, wird wohl alles in schönster Ordnung sein“, sagt der Berichterstatter der „Volkszeitung“, nachdem er diese Sprachlosigkeit konstatirt hat. Er war trotzdem wohl in einem Irrthum befangen; die „Fronde“ berichtet nämlich, daß Frau Cauer ausgerufen hat: „Man muß Alles zerstören, ehe man wieder aufbaut.“ Wahrscheinlich ist Frau Cauer unter die Anarchisten gegangen — in England wenigstens! Das Heilmittel, das eine Amerikanerin gegen das soziale Uebel vorschlug, war übrigens nicht weniger radikal: „Man muß Millionäre züchten“, sagte sie nach berühmtem Muster, ohne sich näher über die Folgen dieser Arznei auszulassen. Herbert Burrows schenkte ihr jedenfalls kein Vertrauen, denn er rief der Dame zu, wenn sie so viel von den Millionären erwarte, schenke er ihr zu ihren amerikanischen Millionären sämtliche englische obendrein. Die Besprechung der Kinderarbeit war nicht weniger reich an Zwischenfällen, die für die nationalökonomische und sozialpolitische Bildung der Anwesenden ein trauriges Zeugniß ablegten. Hierbei machte Deutschland eine rühmliche Ausnahme; es kam eine Abhandlung von Frau Simson (Breslau) zur Verlesung, die ungeschminkte Wahrheit bot. Sie erzählte darin unter Anderem von vierjährigen(!) Kindern, die Streichholzschachteln verfertigen! Uebertroffen wurde diese Schilderung nur durch den Bericht der uns vom Berliner Kongreß her wohlbekannten Italienerin Dr. Montessori, die uns in unserer Volksversammlung die Grüße italienischer Arbeiterinnen überbrachte. Ihr Bericht über die Kinderarbeit in den Bergwerken Siziliens bot so fürchterliche Bilder, daß — wie eine englische Zeitung sagt — die „eleganten Zuhörerinnen sich wohl zum ersten Male ihres Puhes schämten“. Ob die Wirkung weiter reichte?! Unser Zweifel ist berechtigt, denn trotzdem ein spanischer Delegirter nicht weniger eindringlich von der Noth der Kinder sprach, erhob sich eine Dame, um — natürlich auch im Namen der Freiheit — gegen den gesetzlichen Kinderschutz zu sprechen. Es wäre, meinte sie, sehr gut, wenn

* Vgl. „English Women's Review“ vom 15. Juli. — Für unsere weiteren Ausführungen haben wir noch folgende Zeitschriften herangezogen: „Frauenbewegung.“ — „Dokumente der Frauen.“ — „Journal des Femmes.“ — „Frauenarbeit.“

die Kinder sich früh an Arbeit gewöhnten, und die landwirtschaftliche Thätigkeit sei überdies ebenso gesund wie angenehm und eine Erziehung fürs Leben. Einer unserer Parteigenossen rief der Dame entrüstet zu, ob sie wohl diese Erziehung für die sie schwärmte, durchgemacht habe? Er habe sie am eigenen Leibe erfahren, und sei, da er zufällig dabei nicht zu Grunde gegangen, aus Empörung gegen diesen Mißbrauch der Kinder Sozialist geworden, das heißt ein Mann, der alle Kinderarbeit überhaupt verurtheilt, in erster Linie aber die Landarbeit. Herbert Burrows fügte dem hinzu, daß es nur ein Mittel gäbe, um die Reichen von der Nothwendigkeit des Verbots der Kinderarbeit zu überzeugen, das wäre eine Verordnung, durch die ihre eignen Kinder gezwungen würden, mit den Kindern der Armen zu arbeiten. Er konnte dabei nicht umhin, seiner Enttäuschung darüber Ausdruck zu geben, daß die Kongreßtheilnehmerinnen, statt sich hier zu belehren und ihren Ernst zu zeigen, der Unterhaltung und dem Vergnügen nachliefen. Er hatte, seltamerweise, besseres von ihnen erwartet.

Mehr Zulauf hatten die Verhandlungen dieser Sektion, als eine, alle Bourgeoisdamen interessirende Frage, die Dienstmädchenfrage, verhandelt wurde. Während die Deutschen — Frau Lina Morgenstern sprach, und das sagt alles — einen reaktionären Standpunkt einnahmen, begegnete man bei den Engländerinnen und Amerikanerinnen erstaunlich radikalen Ansichten. Miß Clementine Black meinte, daß eine Erziehung der Dienstmädchen zu ihrem Beruf, ähnlich wie die Krankenpflegerinnen ihn genießen, eine feste Organisation wie diese, und ihr Wohnen außerhalb der Familien, in denen sie arbeiten, die für Hausfrauen und Dienstmädchen gleich vortheilhafteste Lösung bringen würde. Die Beschränkung der persönlichen Freiheit sei das Degradirende im Beruf der Dienstmädchen. Was sagen wohl zu dieser Ansicht die deutschen Frauen, die ihre Dienstmädchen nicht fest genug anketten können und immer mehr zu bloßen Arbeitsmaschinen machen möchten? In London sagten sie nichts; in Deutschland werden ihre Männer schon dafür sorgen, daß die besüßwortete Revolution des „trauten patriarchalischen Familienlebens“ verhütet wird.

Wir sind am Ende und können uns nun die Frage vorlegen, was der Kongreß geleistet und erreicht hat? Das Organ der englischen Sozialdemokratie, „Justice“, sagt darüber: „Wer erwartet hat, daß der Kongreß eine Erklärung der Forderungen des weiblichen Geschlechts erlassen, oder der Frauenbewegung eine bestimmte Richtung zur Erreichung der sozialen und ökonomischen Gleichheit der Geschlechter anweisen werde, muß bitter enttäuscht sein. Sein Zweck schien zu sein, eine Menge Damen mit eleganten Kleidern und verschwommenen Ideen zusammen zu bringen, deren Hauptvergnügen darin bestand, über Gemeinplätze zu reden, und deren Hauptgeschäft war, Gesellschaften mitzumachen.“ Es fanden thätig täglich gesellige Zusammenkünfte statt, die einander an Pracht überboten. Zuletzt gab Gott Kapitalismus und Imperialismus den Kongreßdamen seinen Segen: Die Familie Rothschild ließ diese in zwei Extrazügen zu ihrem wundervollen Landsitz führen, wo sie königlich bewirthet wurden, und die Königin von England zeigte sich den Delegirten, die, so stand es auf einem Plakat zu lesen, es für „unmöglich“ erklärten,

England zu verlassen, ohne ihr gehuldigt zu haben! Die Damen waren denn auch so glücklich, sich im Schloßhose von Windsor parademäßig aufstellen und ihre Verbeugung der Königin machen zu dürfen, die im Wagen an ihnen vorbeifuhr!! Schade, daß wir mit unserm beschränkten Unterthanenverstand nicht im Stande sind, solche Seligkeit zu ermessen! Für den Kongreß ist dieser sein Schlusseffekt bezeichnend: er war eben nur eine Parade. Wie eine solche, bot auch er interessante Bilder und zeigte auf einmal, was man sonst nur einzeln zu sehen bekommt. Er mag auch den Anwesenden manche Anregung geboten haben; in den vorurtheilslosen Zuschauern aber bestärkt er den Eindruck nicht nur von der Zerfahrenheit der bürgerlichen Frauenbewegung, sondern auch von einer Verschwendung an Kraft und Organisations-talent, das einer besseren Sache würdig wäre. Es schlägt geradezu dem Begriff aller Organisation ins Gesicht, große Massen in einem Bunde zu vereinen, ohne dadurch irgend etwas Gemeinsames erreichen zu wollen. Thatsächlich lautet der oberste Grundsatz des Bundes, nur das zu wollen, worin Alle von Herzen übereinstimmen. Wir können ihm ruhig prophezeien, daß er mit solchem Grundsatz Methusalems Alter erreichen kann, ohne irgend etwas zu „wollen“. Dieser Gedanke scheint auch einigen seiner Theilnehmerinnen gekommen zu sein, die sich zu einem „internationalen Verband fortschrittlicher Frauen“ zusammenschlossen, der für die soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der Frau eintreten will. Von den 2000 Kongreßtheilnehmern und 450 Delegirten sind ihm — 20 Frauen beigetreten, unter ihnen Susan B. Anthony, Minna Cauer, Anita Augspurg u. A. m. Daß 20 Menschen, die ein gemeinsames Ziel haben, mehr erreichen, als 2000, die keins haben, ist klar, nur daß zur Erreichung des Zieles noch eins gehört: die Kenntniß des Weges zu ihm. Soweit wenigstens die deutschen „fortschrittlichen Frauen“ in Betracht kommen, fehlt sie, daher dürfte auch dieser Verband ein todgeborenes Kind sein.

Die internen Angelegenheiten des Bundes sind bisher geheim gehalten worden. Es soll zu harten Kämpfen über die Statuten gekommen sein. Sicher ist nur, daß er seine nächste Zusammenkunft im Jahre 1904 in Berlin abhalten wird. Wenn wir es noch nicht wußten, so haben wir es jetzt gelernt, daß für uns kein Platz in diesem Bunde ist. Wir brauchen unsere Zeit und unsere Kraft im Dienste einer Sache, die nicht nur die Sache der Frauen, sondern die der Menschheit ist, und wir fühlen uns dabei Eins in einem internationalen Bunde aller Unterdrückten, der nicht alle fünf Jahre Paraden abhält, sondern alle Tage Schlachten kämpft.

Der Wahlrechtskampf in Wien.

In Wien weht gegenwärtig ein scharfer Wind. Wenn Arbeiter sich demonstrativ in Massen auf der Straße zeigen, wenn sie Versammlungen abhalten, dann blüht das Geschäft der „Hüter der Ordnung“. Berittene Polizisten sprengen hin und her, reiten rücksichtslos in die Menge, Männer und Frauen an die Wand drückend. Andere brüllen mit dem ganzen Aufwand ihrer Lungenkraft um die

Zu eng.

Aus den Papieren eines Arztes.
Von Richard Dehmel.*

Bier Treppen hoch, nach hinten hinaus;
Ein hundertfenstriges Vorstadthaus.
Die Kammer schmal
Und niedrig und kahl;
Ein rissiger Spiegel, zerklüft das Bette,
Ein Wassernapf, kein Stuhl, kein Tisch,
Und von den Wänden glänzte frisch
Der Armuth schimmlichte Tapete
Raum konnt ich durch die Thür und kaum
Mich drinnen bewegen, so füllte den Raum
Ein plumper Sarg, schmucklos und roh,
Ein Armensarg. Und auf dem Stroh
Des Bettes saß ein magrer Mann,
Noch jung, aber mit jenen alten Zügen,
Mit denen Gram und Noth die Zeit betrüben.

Ich grüßte halb. Er sah mich an
Und nickte stumpf
Und seufzte dumpf,
Und sierte wieder vor sich hin,

Hohläugig, auf den offenen Sarg,
In den ich gestern mit ihm barg
Die todte Kurbelstepperin,
Ihr todtes Kind im weilen Arm.
Mich peinigte sein starrer Harm;
Drum nahm ich ihn fast grob am Kragen
Und sprach ihm zu mit derber Geduld,
Er sollte erzählen, mir Alles sagen,
Nicht süßen, als sei er selbst dran schuld.
Bis er sich endlich zusammenrückte
Und langsam klagte, was ihn drückte.

„Herr Doktor, da ist nicht viel zu erzählen;
Es war ein einziges langes Duälen.
Es mag wohl bald zwei Jahr her sein,
Da zogen wir hier Beide ein,
Das heißt, noch eh' wir Bekanntschaft gemacht;
Schlafstube bloß, in Astermiethe,
Ich für den Tag, sie für die Nacht.
Sie stiepte damals Trauerhülte
In der Fabrik bis Abends acht
Und kam erst gegen neune nach Haus;
Ich mußte auf dem Droschkenbock
Für meinen Fuhrherrn Nachts hinaus.

So ging es wohl zwei Monat lang;
Wir sahn uns kaum. Da wurde sie krank.

Herbst war's; in ihrem dünnen Rock
Und bei dem weiten, nassen Gang
— Sie war schon immer zart gewesen —
Da hat sie wohl was weggegrüet.
Ja, Herr, da gab's kein Federlesen:
Geld hatten wir alle Beide nicht,
Ihr Wischen bloß im Kassenbuch,
Fürs Krankenhaus war sie nicht krank genug,
Wir konnten kein ander Gelaß uns nehmen,
Wir mußten uns hier zusammen bequemen,
Bis sie wieder konnte auf Arbeit gehn.

Ja, Herr, und da — ist es geschehn!
Wir hielten's nicht aus so auf die Länge,
Wir Beide; man ist ein Mensch doch bloß,
Und unsre Sehnsucht war so groß.
Wir wohnten zu eng zusammen, zu enge!

Seitdem ist sie mit mir gegangen;
Hat's auch zur Heirath nicht gelangt,
Wir haben unserm Schöpfer gedankt,
Daß wir uns so durchs Größte zwangen.
Wir halfen einander mit unserm Lohn
Und legten noch zurück davon.
So haben wir unsern Weg genommen
Ganz gut — bis ihre Zeit gekommen.
Da kam auch die Noth. Da half uns kein Beten.

* Aus „Erlösungen“. Verlag von Schuster & Köfler, Berlin.

Ordnung zu schütten, die Niemand als sie selbst gestört hat. Wer nur „Pfiu Lueger“ ruft, wird verhaftet. So füllen sich die Polizeiarreste, und den Richtern bricht der Angstschweiß aus, wenn sie die Menge der Demonstranten sehen, welche sie aburtheilen sollen. — „Demonstratives Lachen“, Gesen, Armbewegungen werden als Vergehen gegen die Obrigkeit geahndet. Daß solche Polizeimaßregeln nicht geeignet sind, die berechtigte Erregung der Arbeiterschaft zu beruhigen, das ist wohl jedem Nichtpolizisten verständlich.

Wer es weiß, was den Wiener Arbeitern alles zugefügt wurde, wer Zeuge war der unerhörten Vergewaltigungen und perfiden Beschimpfungen, die sie ertragen mußten, wer weiß, welch blutigen Hohn sie stillschweigend erlitten, der war erstaunt, daß die Geduld der Massen nicht schon früher riß. Ein unerhörtes Verbrechen hat schließlich die Massen zum Kampf aufgerufen und sie auf die Straße getrieben.

Dr. Lueger, der Wiener Bürgermeister, hat seine Würde von Anfang an dazu benützt, Unrecht zu begehen. Ueber alles, was er gelobte, setzte er sich strupellos hinweg. Als er nach seiner Wahl beidigt wurde, da versprach er: „Dem bisher ausgeschlossenen Theil der Bevölkerung zu seinen politischen Rechten zu verhelfen“. Auch den Wiener Frauen sagte er in einer Versammlung, daß sie durch ihn politische Rechte erlangen würden. Aber Versprechen und Halten sind, wenn bei einem Menschen so beim Wiener Bürgermeister, zwei grundverschiedene Dinge. Aus einem „Vollsmann“ ist Dr. Lueger ein Pfaffenknecht geworden. Zuerst erklärte er der Volksbildung den Krieg. Gemeinnützigen Instituten, wie dem Volksbildungsverein mit seiner großen Bibliothek, der freiwilligen Rettungsgesellschaft und anderen entzog er die Gemeindefubvention. Von dem Betrage der zu Lehrmitteln für arme Kinder bewilligt war, ließ er durch seine gefügige Majorität 50000 fl. streichen. Die dringend gebotene Anstellung von Lehrern wurde unterlassen, die Forderung nach Gehalts-erhöhungen brutal abgewiesen. Dagegen wurden in jeder Gemeinderathssitzung frommen Vereinen, Klöstern, Kirchen u. Subventionen bewilligt. Für den Bau einer einzigen Kirche wurden 65000 fl. baar gegeben, und dieses schöne Sämmchen wird sich durch noch andere Vergünstigungen auf 150000 fl. erhöhen. Zum Bau von 10 neuen Kirchen wurden 2 Millionen Gulden als Geschenk, 3 Millionen Gulden als „Darlehen“ bewilligt. Auf die Beschwerde eines oppositionellen Gemeinderathsmitgliedes entschied der oberste Gerichtshof, daß eine solche Verschleuderung von Gemeindegeldern zu Gunsten einer Religionsgenossenschaft ungesetzlich sei. Die Christlichsozialen schämten vor Wuth, und im Landtag nannte Dr. Lueger und seine Bande die obersten Richter „Schurken“, „Spitzbuben“ und „Esel“, ohne daß der Statthalter es gewagt hätte, ein Wort zum Schutze der Richter zu sagen. Durch Anstrengung einer Menge von unglückseligen und aussichtslosen Prozessen in der Gas- und Tramwayfrage schädigten die Christlichsozialen nicht nur das Ansehen der Stadt Wien, sondern sie brachten die Stadt auch um mehrere Millionen. Sie machten ein Gesetz zur Herabsetzung der Schulzeit, den Unterricht in Realien ersetzten sie durch Religionsstunden und entpuppten sich als begeisterte Anhänger der Prügelstrafe. Freisinnige Lehrer wurden

gemäßregelt und beim Avancement übergangen, eine freisinnige Lehrerin, die bekannte radikale Frauenrechtlerin Fräulein Fickert, ward im Landtag im Gassenbubentum beschimpft. Das ganze Sündenregister der Christlichsozialen können wir hier nicht aufrollen, aber wir denken, die angeführten Proben genügen, um ein Bild von den herrschenden Gewalten in Wien zu geben.

Daß die Christlichsozialen von den Arbeitern immer im Ton größter Prozenhaftigkeit sprechen, ist selbstverständlich, aber es bleibt nicht nur beim Sprechen. Einen thatsächlichen Beweis ihrer christlichen Gesinnung den Proletariern gegenüber haben sie neulich durch einen berüchtigten Raub erbracht. Sie entzogen, in ihrem Haß gegen alles was gut ist, der allgemeinen Arbeiterkranken- und Unterstützungskasse eine Jahressubvention von 12000 fl. Diese Subvention war seit 1888 von den früher herrschenden Liberalen der Klasse zu dem Zweck bewilligt worden, alte, arme und invalide Arbeiter zu unterstützen, und die Klasse mußte alljährlich im Landtag genaue Rechenschaft über die Verwendung des Geldes geben. Unter dem Vorwand, „das Geld werde zur Mästung sozialdemokratisches Führer verwendet“, entzogen nun die Christlichsozialen den nothleidenden Arbeitern diese Unterstützung. Es erhob sich darüber ein solcher Sturm der Entrüstung, daß die Subvention schließlich wieder zur Vertheilung gelangen mußte, und zwar unter die gleichen Personen, welche dieselbe von der allgemeinen Arbeiterkrankenkasse erhalten hatten.

Die Popularität Luegers schwand in der Folge solcher Schandthaten zusehends, und über die moralische Qualität seiner Anhänger, welche die sozialdemokratische „freie Liebe“ so überzeugt bekämpften, wurden dem Publikum die Augen geöffnet durch sehr anrühliche Bordell- und Chambre séparée-Geschichten, in die hervorragende Christlichsoziale verwickelt waren. Auch außerhalb der Arbeiterschaft begann man das wahre Wesen dieser Partei zu erkennen. Die Wolken zogen sich immer dichter um das Haupt Luegers zusammen. In dem Bestreben, seinen Nimbus aufzuzrischen, begann er sich des Versprechens, welches er einst gegeben hatte: den Arbeitern das Gemeindegeldrecht zu verschaffen. Er legte dem Gemeinderath einen Wahlreformentwurf vor, den er selbst „die That eines echten Demokraten“ nannte. Der Entwurf verlieh dem allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, jedoch mit der Einschränkung, daß zu seiner Ausübung ein fünfjähriger ununterbrochener Aufenthalt in Wien nothwendig sei. Das Recht des weiblichen Geschlechts war in dem Entwurf mit keinem Wort erwähnt, obgleich die Frauen „dem schönen Karl“ gut genug gewesen waren, ihm zur Herrschaft zu verhelfen. Lueger ließ den Entwurf in einer Nachsitzung von seinen Parteigenossen annehmen. Am folgenden Tage ging er nach Rom, um sich, wie der Volksmund sagt, „Absolution für schon begangene und noch zu begehende Sünden zu holen“. Thatsache ist, daß Kardinal Rampolla ihn ermunterte, auf dem betretenen Weg fortzuschreiten.

Während Lueger beim Papst anticambrierte wurden in Wien die Sterbeglocken für „die That eines echten Demokraten“ geklutet. Was die Christlichsozialen im Gemeinderath beschlossen hatten, das vernichteten sie im Landtag. Unter dem Vorwand, die Regierung hätte den Entwurf wohl nicht der kaiserlichen Sanktion unterbreitet,

Sie konnte nicht mehr die Maschine treten;
Was andres hatte sie nicht gelernt,
Die Eltern hatten sie früh entfernt.
Ich gab ihr, so viel ich konnte, ab;
Es war schon für mich zu knapp.
Was half uns da unser Plagen,
Was half uns da unser Sparen:
Wir mußten die Sachen zum Juden tragen.

Ich habe bei Tag und bei Nacht gefahren,
Ich habe mich vor keiner Mähe geschämt,
Ich habe mir jeden Schluck bezähmt:
Sie wurde doch schwächer im Nu,
Sie hat sich zu Schanden gedurft und gegrämt!
Und dann, dann kam das Kind dazu:
Ich sah sie weinen, ich hörte es wimmern,
Ich sah sie Beide verschmachten, verkümmern:
Herr, da war's aus mit meiner Ruh,
Da hab ich zum ersten Mal betrogen,
Den ersten Fahrgast beim Fahrgeld belogen,
Und noch einmal, und noch einmal,
Mir schnitt zu sehr ins Herz die Dual,
Und Mancher thut's jahrein, jahraus
Um's beim Budiler zu verkaufen,
Und ich — ich wollte Essen kaufen,
Und, Herr, bei mir — bei mir kam's raus!
Mir wurde noch von Gluck gesagt,

Daß mich mein Herr blos weggejagt.
Ihr und dem Wurm da gab's den Rest;
Nach Arbeit bin ich in Ost und West
Seit vierzehn Tagen herumgelungert,
Und dabei, scheint's, sind sie verhungert.“

Er nickte stumpf
Und senkte dumpf
Und glözte mich hohläugig an,
Mit einem Blick, so müdgeheht,
So jeder andern Regung bar,
Daß mir's den Rücken niederrann.
Ich hatte zum Trösten mich hingeseht
Und sah, daß Trösten Hohn hier war,
Wo so das stumme Gland schrie.
Ich drückt ihm blos das spitze Knie,
Den dünnen Arm, und nahm den Hut
Und sagte: „Kommen Sie zu mir morgen,
Ich werde Arbeit für Sie besorgen.“

Er dankte: „Herr Doktor, Sie meinen's gut.
Ich will auch kommen, und ehrlich mich schinden,
Und werde auch wohl weiterfinden;
Blos sie — sie wird davon nicht wad!
Ja, Herr: blos einen kleinen Verschlag,
Blos noch so nebenan ein Loch,
Daß wir nicht immer uns mußten sehen:

Dann wäre Alles nicht geschehen,
Sie lebten alle Brude noch!
Wir hätten gewartet, wir hätten geparat,
Wir waren, weiß Gott, geduldiger Art,
Wir hätten uns selber 'ne Droschke geschafft,
Dann hat' ich ja Verdienst die Menge;
So aber ging's uns über die Kraft,
Wir wohnten zu eng zusammen, zu enge!“

Und auf den Sarg hin sierte er wieder,
Da fuhr ein Zucken ihm durch die Lider:
„O wein ich doch wenigstens bei ihr wär',
Dadrinnen in dem engen Kasten!
Jetzt braucht sie ja nicht mehr zu fasten,
Jetzt ist's ihr auch zu eng nicht mehr!“
Er stieß ihn heißer heraus den Wis,
Er wollte lachen vor wählendem Weh;
Da riß es ihn um, so stieg's in die Höh',
Und stieß ihn nieder von seinem Sitz,
Und weinend warf er sich über die Leichen
Und küßte die Hälse, die mageren, bleichen.

Da bin ich stille weggegangen,
Mir graute vor der schmalen Kammer;
Und durch die Brust schlich mir ein Bangen,
Als sie auch ich Schuld an all dem Jammer.

beseitigten sie ihn, und Lueger meinte bei seiner Rückkehr, „wenn die Regierung nicht will, kann man nichts machen“. Diese Mamelukensprache führte derselbe Mann, der die Regierung mit den äußersten Mitteln bekämpfte, als sie seine Wahl zum Bürgermeister nicht der kaiserlichen Sanktion unterbreitete.

Von einem zweiten Wahlreformentwurf, der voll der perfidesten, widerträchtigsten Bestimmungen zu Gunsten der Christlichsozialen war, glaubte Niemand, daß er angenommen werde. Dennoch geschah das Unerhörte. Auf die schwindelhafteste Weise wurde der Entwurf durchgepeitscht, und ein gemeiner Gaunerstreich verhinderte die Opposition im Landtag sogar am Neden. Der mit den schmutzigsten Mitteln zum Gesetz erhobene Entwurf ist der reinste Hohn für die Rechtlosen. Zu den bisherigen Wahlkörpern tritt ein vierter, für alle früher vom Wahlrecht Ausschlossenen und für alle Personalsteuerepflichtigen. Während die drei privilegierten Wahlkörper je 46 Vertreter wählen, soll der vierte Wahlkörper, der alle Arbeiter umfaßt und auch alle, die schon in den ersten drei Wahlkörpern das Wahlrecht besitzen, nur 20 Mandate erhalten. Die fünfjährige Selbstständigkeit bleibt als Vorbedingung für das Wahlrecht im vierten Wahlkörper bestehen. Neben diesen ungeheuerlichen Ungerechtigkeiten enthält der Entwurf noch so viele Kniffe, daß ein Blinder sieht: das Wahlrecht soll nur Gesetz werden, um den Christlichsozialen die Herrschaft zu sichern. Die Lehrer, welche als Vertreter der Intelligenz bisher im zweiten Wahlkörper wählten, wurden, da sie dort dem System Lueger gefährlich werden konnten, in den dritten Wahlkörper degradirt, indeß der gefährdete zweite Wahlkörper durch einen Schub unbedingter Luegerianer aus dem dritten Wahlkörper „verbessert“ wurde.

Diese nichtswürdige Wahlrechtsreform, die man in Wien kurz „Wahlrechtsraub“ nennt, hat nun die langzurückgehaltene Empörung zum Ausbruch gebracht.

Auch die Frauen kamen durch die Wahlreform nicht zu ihrem Recht. Dieselben Christlichsozialen, deren treueste Garde der christliche Frauenbund ist, und die den Frauen so viel verdanken, sind nicht nur über das Frauenwahlrecht schweigend hinweggegangen, sondern sie haben auch gleichzeitig mit der Wahlrechtsreform in Wien eine Aenderung der Wahlordnung für die Landgemeinden vorgenommen, woselbst — mit Ausnahme von einigen Städten — die Frauen wahlberechtigt waren. Wahlberechtigt waren allerdings nur diejenigen Frauen, welche eine direkte Steuer zahlten, doch auch diesen sollte das Stimmrecht durch die Christlichsozialen genommen werden, die in ihrem Wahlrechtsentwurf nur von Personen männlichen Geschlechts sprachen. Erst nach einer Interpellation oppositioneller Abgeordneter wurde den unverheiratheten Frauen der Landgemeinden das Wahlrecht zurückgegeben. Die verheiratheten Frauen bleiben rechtlos, weil, wie Dr. Gschmann, einer der „bedeutendsten“ und zugleich widerlichsten Erscheinungen der Christlichsozialen, sagte „in der Politik zwischen Mann und Frau ein Unterschied sein müsse“. Jetzt werden also nur die Frauen der Landgemeinden, wenn sie eine direkte Steuer zahlen und ledig bleiben, das Wahlrecht besitzen, alle anderen Frauen haben kein Recht zu wählen.

Arbeiterinnen und auch bürgerliche Frauen forderten darauf in großen Versammlungen das Wahlrecht für alle Frauen, unter den gleichen Bedingungen, wie es für die Männer verlangt wird. Nur die christlichsozialen Frauen schweigen, sie fühlen nicht die Schmach, von ihrer eigenen Partei entrechtet zu werden. Mit keinem Wort weisen sie in ihrem Blatt auf die Niederträchtigkeiten ihrer Partei hin, ja, sie höhnen und schmähen die Sozialdemokraten, weil diese Dr. Luegers Wahlentrechtungskomödie nicht mit jubelndem Dank hinnahmen. Sie und die Polizei bewähren sich jetzt, wo es von allen Seiten Verachtung auf ihren Abgott regnet, als die treuesten Stützen Luegers; sie sind blind für die Thatsache, daß die Arbeiter Wiens, die auf die Straße gegangen sind, um laut und energisch gegen den Wahlrechtsraub zu protestiren, auch für ihr Recht kämpfen.

Selbst der große Kampf um das Reichsrathswahlrecht von 1893—1895 wurde in Wien nicht mit so vieler Leidenschaft geführt, wie jetzt der Kampf um das Gemeindevahlrecht. In hunderten von Versammlungen hat nicht allein die Partei, sondern haben auch alle Gewerkschaften zum Wahlrechtsraub Stellung genommen. Von Gewerkschaftsversammlungen wurden sogar Resolutionen, welche die Parteileitung vorgeschlagen hatte, als zu wenig scharf abgelehnt. In den bedeutendsten Straßen der Stadt kam es zu imposanten Demonstrationen. Die Polizei ist immer schneidig am Platz, am schneidigsten aber ist sie bei der letzten Demonstration, dem Ringstraßenkorso, aufgetreten. Nachdem sich nämlich die Empörung der Arbeiter gegen die Christlichsozialen wiederholt durch deren Führern gebrachte liebliche Kagenmusiken Lust gemacht hatte, trieben die beispiellosen Beschimpfungen Luegers, dem durch die Polizei liebevoll Beschützten, die Proletarier zu einer Massendemonstration auf die Straße.

Lueger hatte schon gelegentlich im Gemeinderath den demonstrierenden Arbeitern den — Titel „unreife Burschen mit und über 20 Jahre“ beigelegt. Damit nicht genug. Auf einem großen Fest der christlichsozialen Frauen Wiens, dem „der schöne Karl“ nebst dem Vizebürgermeister Strobach, einem unwissenden Hausbesitzerprogen, bewohnte, nannte er in einer Rede die Wiener Arbeiter „nichtsnuhige Buben“ und „eine ehrlose nichtsnuhige Bande“. Die Frauen forderte er auf mit den „Buben“ Abrechnung zu halten. Strobach, Luegers würdiger Schildknappe, schimpfte die Sozialdemokraten kurzweg „elendes Diebsgesindel“.

Die Parteileitung ersuchte in einem flammenden Ausruf die Arbeiter, gegen diese unerhörten Beschimpfungen zu protestiren und zwar durch einen großen Korso auf der Ringstraße, der prächtigsten Straße Wiens. Am 6. Juli, Abends 7 Uhr fand der Korso statt. Unter strömendem Regen bewegten sich schon um 1/27 Uhr dichte Massen zum Rendezvousplatz. In Werkstättenkleidern, mit beruhten Gesichtern, alt und jung, kamen die Proletarier und die Proletarierinnen herangezogen. Der Korso machte einen packenden, erhebenden, imponirenden Eindruck, der sich nicht mit Worten wiedergeben läßt. Ein Wagen, auf dem die Arbeiter einer Fabrik mit den Werkzeugen in der Hand saßen, zeigte Lueger und seinen Anhängern, womit die „nichtsnuhige Bande“ sich beschäftigt. In vollkommener Ruhe bewegten sich die kolossalen Menschenmassen durch die Straße, deren Häuser von Zuschauern dicht besetzt waren. Da erklingt plötzlich am Körntnering lautes Pferdegetrappel. Wie eine Windsbraut rast eine Abtheilung Reittener daher, an ihrer Spitze der verhaßteste der Polizisten Wiens, der Polizeiinspektor Anger, der Führer der wildesten und gefährlichsten Reiterattaken. Mit der Stille ist's nun vorüber, „Psui Lueger“, „Nieder mit dem Wahlrechtsräuber“, „Hoch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht“ braust es über die Ringstraße. Der ersten Reiterattake folgen bald mehrere, und die Polizisten zu Fuß wetteifern mit den Reittenern in brutaler Behandlung der Demonstranten. 47 Personen wurden verhaftet. Wer „Psui Lueger“ rufend von der Polizei ertappt wurde, mußte auf das Wachzimmer folgen. Unter den Verhafteten befanden sich auch die Genossen Neumann, Bretschneider und Dr. Adler, welche bemüht waren, möglichst die Ordnung unter den Demonstrierenden aufrecht zu erhalten. Trotz aller Polizeiangriffe behaupteten sich die Arbeiter zwei Stunden lang auf der Ringstraße. Ohne die Polizei wäre die Demonstration um 8 Uhr beendet gewesen, so zogen die Arbeiter erst um 9 Uhr ab, naß bis auf die Knochen, aber mit dem Gefühl, daß sie die Schlacht gewonnen hatten.

Der „echte Demokrat“ Lueger, welcher an demselben Abend einer Feier anwohnte, wurde auf seinem Heimweg von einer starken Polizeiesorte begleitet. Anders wagt sich der „Volksmann“ überhaupt nicht mehr unter das Volk.

Für Montag den 10. Juli wurden elf Volksversammlungen einberufen, jedoch verboten. Das gleiche geschah mit einer auf den 12. angelegten großen Versammlung der Arbeiterinnen. Die von den Christlichsozialen so unerhört beschimpften Arbeiterinnen werden trotzdem Gelegenheit finden zu reden und ihr Recht zu fordern. Nach einer Praterversammlung schrieb das christlichsoziale Parteiorgan: die Arbeiter seien mit ihren „Kassen“ ausgerückt, die womöglich noch häßlicher seien, als die Männer. Ein anders Mal nennt das Blatt die demonstrierenden Arbeiterinnen „öffentliche Dirnen, welche zu den Demonstrationen kommen um Verhältnisse anzuknüpfen“, oder es schreibt, daß man die „Sorte Frauen“, die bei den Demonstrationen dabei sind, schon kennt, und wenn diese „Damen“ von der Polizei „Hopp“ genommen werden, es für das Publikum nur eine Erleichterung sei.

Alle diese Gemeinheiten werden die Arbeiterinnen nicht schrecken oder beirren. Sie werden immer wieder demonstrieren, so lange sie rechtlos, ausgebeutet und geknechtet sind. Schon in der nächsten Woche werden sie, trotz der Polizei, in einigen Versammlungen* die Meinung der proletarischen Frauen über Dr. Lueger und seine Partei zum Ausdruck bringen.

Wien im Juli 1899.

Adelheid Popp.

Jeannette Schwerin †.

Frau Jeannette Schwerin, eine der besten, hervorragendsten Frauenrechtlerinnen Deutschlands, ist Mitte Juli durch den Tod ihrem weiten, vielseitigen Thätigkeitskreise entrissen worden. Sie starb an den Folgen einer Operation, die ein Jahre langes Leiden nothwendig gemacht hatte.

* Am 20. Juli hat eine imposante Versammlung stattgefunden, in der die Arbeiterinnen gegen den Wahlrechtsraub protestirten. Unter stürmischem Beifall sprachen die Genossinnen Glas und Popp.

Die Verstorbene war 1852 zu Berlin geboren und hatte das Glück, von Kind an durch das Beispiel hochsinniger Eltern zum Wirken für die Allgemeinheit erzogen zu werden. Ihr Vater, der beliebte Arzt Dr. Abarbanell, war Mitbegründer und Leiter des Berliner Handwerkervereins und spielte in der revolutionären Bewegung der vormärzlichen Zeit und des Jahres 1848 eine Rolle. Das Interesse und Thun der Mutter ging über den engen Kreis der Hausfrau hinaus, sie war unter Anderm Vorsitzende des Vereins zur Förderung Fröbelscher Kindergärten. Nach Absolvierung der höheren Töchterschule besuchte Jeannette die von Frau Morgenstern begründete Akademie zur wissenschaftlichen Fortbildung für junge Damen. Sie brachte schon damals dem öffentlichen Leben ein reges Interesse entgegen und nahm an der Vereinsthätigkeit der Mutter lebhaften Anteil. Nach ihrer Verheirathung mit dem Sanitätsrath Dr. Schwerin, wurde sie von diesem in ihren Bestrebungen lebhaft unterstützt.

Bald jedoch genügte ihr die Vereinsthätigkeit, zumal auf dem Gebiet der sogenannten Wohlthätigkeit nicht mehr. Wie sie in einem Briefe erklärt, kam sie aus der täglich geübten Armenpflege immer trostloser heraus. Sie erkannte, daß die bürgerliche Wohlthätigkeit dem Massenelend gegenüber immer nur die Rolle des Wassertröpfchens auf einen heißen Stein spielen kann, und daß die Arbeiterklasse an Stelle von Almosen ihr Recht begehrt. So rang sie sich zu der Erkenntniß durch, daß die Unterflügung des proletarischen Kampfes für soziale Reformen und soziale Befreiung das wirksamste Mittel ist, dem Elend zu steuern. Diese Erkenntniß bestimmte, sie, sich der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ anzuschließen, in der sie bald großen Einfluß gewann. Die Anregungen, die sie hier erhielt, besonders durch den verstorbenen Professor von Gizycki, veranlaßten sie, sich eingehender mit dem Studium der Nationalökonomie und Geschichte zu beschäftigen. Die Folge davon war eine Klärung und Vertiefung ihres sozialpolitischen Verständnisses. So stand sie bald nicht nur in den ersten Reihen der Vorkämpferinnen für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, sondern auch in denen der bürgerlichen Sozialreformer. Ihrer geläuterten geschichtlichen Auffassung entsprechend war sie in den letzten Jahren dem sozialistischen Standpunkt immer näher gekommen und erkannte, daß der geschichtliche Werdegang von der kapitalistischen zu der sozialistischen Gesellschaft führt. Wenn sie dieser ihrer Ueberzeugung nicht öffentlich unumwunden Ausdruck gab, so waren neben persönlichen besonders zwei Gründe maßgebend dafür. Eine agitatorische Wirksamkeit unter dem Proletariat war Frau Schwerin in Folge ihres Gesundheitszustandes unmöglich. Die Verstorbene glaubte, der Arbeiterklasse am besten dadurch zu dienen, daß sie in der bürgerlichen Welt, zumal unter den Frauenrechtlerinnen, sozialpolitisches Verständniß verbreitete. Für dieses Ziel hat Frau Schwerin in redlicher, treuer und nimmer rastender Arbeit ihre ganze Arbeitskraft, ihre reichen geistigen Fähigkeiten unter manchem Opfer eingesetzt.

Ihr war es in erster Linie zu danken, daß die radikalen Frauenrechtlerinnen und die Ethiker seinerzeit den Konfektionsarbeiterstreik moralisch und materiell unterstützten. Daß innerhalb des Bundes deutscher Frauenvereine eine Kommission geschaffen wurde, die sich mit dem Studium der Arbeiterinnenfrage beschäftigen soll, insbesondere aber mit der Frage des Arbeiterinnenschutzes, ist ganz wesentlich Frau Schwerins Verdienst. Um die Frauenrechtlerinnen zu größerem sozialpolitischen Verständniß zu erziehen, übernahm sie, obgleich schon schwer leidend, die Redaktion vom „Zentralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine“, die sie bis zu ihrem Tode führte. Sie ließ sich angelegen sein, zwischen dem rechten und linken Flügel der bürgerlichen Frauenrechtelei zu vermitteln und beide zu gemeinsamen Aktionen für soziale Reformarbeiten zusammenzuführen. Bekannt ist, daß Frau Schwerin im bürgerlichen Lager zu den eifrigsten Vorkämpferinnen für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektorinnen zählte, daß sie als erste in Berlin einen Kursus für die Ausbildung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten organisierte u. a. Auch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen suchte sie zu fördern, und zwar wirkte sie besonders im Kreise der Hirsch-Dunckerischen Harmonieapostel dafür. Mit großer Energie und Sachkenntniß trat sie unter Anderm auch dafür ein, daß die Frauen zur kommunalen Armen- und Waisenpflege herangezogen würden, sie gründete eine „Frauen- und Mädchengruppe für soziale Hilfsarbeit“ u. a.

Selbstverständlich blieb Frau Schwerin das Schicksal derer nicht erspart, die in einer Zeit, wo ein Hüben und Drüben nur gilt, ihr Zelt an der Grenze zwischen zwei Welten aufschlagen. Sie mußte ihre Ziele vielfach enger stecken, als es sich mit ihrer sozialpolitischen Erkenntniß vertrug; sie mußte Zeit und Kraft auf Arbeiten verwenden, von denen sie sich geringsten Nutzen versprach; sie mußte Kompromisseln, abschwächen, zaudern, schweigen, wo sie gern geredet hätte, und reden, wo ihr das Schweigen lieber gewesen wäre. Mehr als einmal haben wir uns deshalb in die Lage versetzt gesehen, ihr

kritisch entgegenzutreten. Aber zu welchen Ausstellungen auch immer von unserem Standpunkt revolutionärer Kämpferinnen aus ihr Wirken Anhaltspunkte geben mag, eines verdient rückhaltlos anerkannt zu werden: daß Frau Schwerin des ehrlichen Glaubens war, durch Konzessionen an bürgerliche Unklarheit und Halbheit, an bürgerliches Vorurtheil und Interesse der Sache der Arbeiterklasse, insbesondere aber der Arbeiterinnen, zu nützen. Wenn wir diesen Glauben auch nicht theilen, dieser Taktik auch nicht das Wort reden, so ist doch dieser Glaube und diese Taktik in unseren Zeitaläufen von Seiten Jemandes begreiflich, den sachliche und persönliche Gründe in der bürgerlichen Welt festhalten.

Für die bürgerliche Frauenbewegung bedeutet der Tod von Frau Jeannette Schwerin geradezu einen unerföhlchen Verlust. Gewiß sind wir überzeugt, daß in ihr mit der Zeit jüngere Kräfte heranwachsen werden, welche in der Verstorbenen Spuren wandeln, welche mit dem gleichen Ernst, dem gleich hohen Maß von Kenntnissen und der nautlichen, ruhigen, kühlen Energie dafür wirken, unter den Frauenrechtlerinnen sozialpolitisches Verständniß zu wecken und in Thaten umzusetzen. Aber wenn wir von der trefflichen, kenntnißreichen Frau Gnauck-Kühne im evangelischen Lager absehen, so zählen gegenwärtig die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nur sehr, sehr Wenige, die sich an Begabung und noch weniger an sozialpolitischer Schulung und rastloser Thätigkeit neben Frau Schwerin stellen dürfen. Diese erhebt sich so hoch über das Gros ihrer Schwestern in Frauenrechtelei, weil sie studierte, lernte, sich in eine Frage vertiefte, ehe sie über sie sprach; weil sie praktisch für ein erforschetes, genau abgegrenztes, wenn auch oft kleines Gebiet wirkte, statt sich in schönen Gemeinplätzen über Alles und Jedes zu verbreiten. Für sie war die Frauenbewegung weder ein Paradeplatz, noch eine Deklamationsbühne, noch ein Schaufenster für Ausstellung von Toiletten und „bestrickender Anmuth“, sondern ein Arbeitsfeld. Schlicht und einfach in ihrem Auftreten, war sie eine ernste Arbeiterin, im hohen idealen Sinne des Wortes; eine ernste Arbeiterin im Dienste des Fortschritts und der Allgemeinheit. Mit den Gefühlen hoher persönlicher Werthschätzung und Sympathie werden wir, die wir in offener Feldschlacht für die Ideale kämpfen, für welche Frau Schwerin in ihrer Weise zu wirken suchte, der klugen, hochsinnigen Frau jederzeit gedenken.

Notizentheil.

(Von Illy Braun und Klara Bekin.)

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Einen Beitrag zum Kapitel vom gefehliebenden Unternehmertum liefern die Zustände in einer Berliner Buchdruckerei, die Dampftrieb hat und in nächster Zeit den Motorbetrieb einführt. Schutzvorrichtungen fehlen hier gänzlich, eine Fabrikordnung hängt nicht aus, Wasch- und Ankleideräume glänzen durch Abwesenheit, der Fußboden ist sehr staubig, weil er nicht naß aufgewischt wird. Auch noch durch andere gefehwidrige Pfiffe versteht der findige Besitzer seinen „Entbehrungslohn“ zu steigern. So erhalten nicht alle Arbeiterinnen Sonnabend um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr Feierabend, die Arbeiter müssen öfters des Sonntags schaffen u. a. Kurz, der kapitalistische „Spartrieb“ bethätigt sich recht vielseitig auf Kosten der ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeiter. Daß diese tugendsame Bethätigung unter Mißachtung der gefehlichen Vorschriften geschieht, entspricht nur dem Wesen des Kapitalismus, der stets bereit ist, dem neunmal heiligen Profit zu Liebe alle menschlichen, sittlichen, gefehlichen Rücksichten mit Füßen zu treten. B. L.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Die Stellung einer Assistentin der Fabrikinspektion in Württemberg ist von der „Königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel“ am 22. Juli zur Bewerbung ausgeschrieben worden. Die Anstellung soll zunächst in widerruflicher Weise, doch mit mehrmonatlicher Kündigungsfrist erfolgen. Die Thätigkeit wird im Tagelohn (bis zu 5 Mk.) honorirt. Die Bewerberinnen sollen „die zur Vernehmung der Stelle erforderliche Intelligenz und Befähigung und Geschick im schriftlichen und mündlichen Verkehr besitzen“. Sie haben sich unter Beifügung eines vollständigen Lebenslaufs, eventueller Zeugnisse u. a. und Angaben der Gehaltsansprüche binnen 14 Tagen bei der „Zentralstelle für Gewerbe und Handel“ zu melden und beim Vorsitzenden derselben persönlich vorzustellen.

Die siebente Fabrikinspektorin in England ist soeben ernannt worden. Und in dem erleuchteten Ländchen Weimar erklärt man weibliche Gewerbeaufsichtsbeamte für überflüssig und entläßt sie nach dem ersten Versuch!

Affistentinnen der Fabrikinspektion will bekanntlich endlich auch die sächsische Regierung anstellen. Die sächsischen Fabrikinspektoren sollen jedoch, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Sachsen geschrieben wird, der geplanten Neuerung sehr abgeneigt sein. Sie behaupten, die Thätigkeit weiblicher Hilfsbeamten sei nicht notwendig, weil die Fabrikinspektoren das Vertrauen auch der Arbeiterinnen in allen Angelegenheiten voll besäßen. Was die Affistentinnen Neues ermitteln sollten, wisse man nicht, neue Aufschlüsse über die Verhältnisse der Fabrikarbeiterinnen seien von ihnen schwerlich zu erwarten. Dieses Urtheil beweist absolut nichts gegen die Zuziehung von Frauen zur Fabrikinspektion. Es beweist dagegen ein anderes: daß die sächsischen Fabrikinspektoren in merkwürdiger, doch uns recht erklärlicher Verkennung der einschlägigen Verhältnisse sich ihre Meinung gebildet haben. Angesichts der Berichte der sächsischen Fabrikinspektion — und zwar von allen Jahren — erscheint seitens der meisten Herren die Annahme als eine annähernde Phantasterei, daß sie das volle Vertrauen der Arbeiterinnen in allen Angelegenheiten besitzen. In Sachsen erfreuen sich die Fabrikinspektoren wohl des vollen Vertrauens der Unternehmer und stehen in reger Fühlung mit diesen. Dagegen fehlt ihnen ein lebendiger Zusammenhang mit den Arbeitermassen so gut wie vollständig. Weit weniger als in den süddeutschen Staaten wenden sich in Sachsen die Arbeiter beschwerdeführend und ihr Recht suchend an die Gewerbeaufsichtsbeamten, denen ihren Berichten nach — von wenigen Ausnahmen abgesehen — kaum das Minimum der nöthigen sozialpolitischen Einsicht für Führung ihrer Amtsgeschäfte eignet, von einer noch so schwächlichen Sympathie mit den Arbeitern ganz zu schweigen. Daß unter solchen Umständen die verschüchterten, ängstlichen Arbeiterinnen den Muth finden sollten, sich betreffs der vielfältigen Mißstände ihrer Berufsarbeit vertrauensvoll an die Fabrikinspektoren zu wenden, ist ganz ausgeschlossen. Dazu kommt die allgemein anerkannte Thatsache, daß auch der vertrauenswürdigste männliche Beamte in gesundheitslicher und sittlicher Hinsicht bei weitem nicht alle Uebel im Berufsleben der Arbeiterinnen erfährt, weil das Schamgefühl den Frauen den Mund schließt. Wir verweisen darauf, welches werthvolle, wenn auch nicht neue Material in dieser Hinsicht von den englischen Fabrikinspektorinnen an die Oeffentlichkeit gezogen worden ist. Hoffentlich läßt sich die sächsische Regierung in ihrer Absicht durch das beweiskräftige Gerede der Herren Fabrikinspektoren nicht beirren.

Dienstbotenfrage.

* Eine starke Bewegung zu Gunsten der besseren Lebenshaltung der Dienstmädchen ist in Amerika entstanden. Eine ihrer Forderungen ist, daß den Dienstmädchen in jedem Haus ein Wohnzimmer zur Verfügung stehe, wo sie zu gemeinsamer Arbeit und Unterhaltung zusammen kommen und ihre Freunde empfangen können. Die norddeutschen Hängeböden stehen in eigenthümlichem Kontrast zu dieser Forderung.

Eine Dienstbotenversammlung fand am 18. Juli in den Augusta-Viktoriafälen in Berlin statt. Die von dem „Unterstützungsverein der Dienerschaft Deutschlands“ angeregte Tagungsumkunft war gut besucht. Sämmtliche Referenten des Abends sprachen — wie wir bürgerlichen Zeitungen entnehmen — über „Die Dienstbotentalamität, deren Ursache und Beseitigung“. Die Referenten hielten es für nöthig, sich ernstlich dagegen zu verwahren, als wollten sie Parteiworte verfolgen oder zum Haß gegen die sogenannten „Herrschafte“ aufreizen. Eine Dame sprach über die bekannnten gesundheitlichen Mißstände: die vielen kleinen, kaum zu lüftenden Schlafgelasse, die Ueberarbeit, den Mangel an Ruhe bei den Mahlzeiten. — Ein anderer Redner verbreitete sich über die Ursachen des Dienstbotenmangels in Berlin, die er in dem verringerten Zugang aus der Provinz sah, wo man mit allen Kräften bemüht sei, die Arbeitskräfte zurückzuhalten. Den Hauptgrund suchte er jedoch in der längst veralteten Gesindeordnung vom Jahre 1810, die auch in dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch fortlebe. Er verglich die Dienstbotenverhältnisse auf dem Lande mit denen in der Stadt, wobei er den letzteren den Vorzug gab. Nur die Arbeitszeit sei in den meisten Fällen viel zu lang. Sie dauern oft von halb 6 Uhr Morgens bis 1 Uhr Nachts, also 19 1/2 Stunden. Der Londoner internationale Frauenkongreß habe in seiner Erörterung der Dienstbotenfrage der Meinung Ausdruck gegeben, daß dieser Stand sich — dem Zuge der Zeit folgend — zum selbständigen Gewerbe entwickeln werde. Kürzere Arbeitszeit, ausreichender Urlaub und achtungsvolle Behandlung würden auch den Dienstboten zu einem menschenwürdigen Dasein verhelfen. Um eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen, forderte der Referent die Anwesenden auf, dem „Unterstützungsverein der Dienerschaft Deutschlands“ beizutreten. So weit im Wesentlichen die Berichte der bürgerlichen Zeitungen, die es sich indessen nicht versagen können, hier und

da einige theils spöttische, theils geringschätzige Randbemerkungen anzubringen. Was nun die Versammlung selbst anlangt, so bleibt abzuwarten, welche weitere Ergebnisse sie zeitigen wird. Die größten Geminnisse einer wirksamen Dienstbotenbewegung sind bis auf Weiteres die ausnahmerechtlichen Bestimmungen, die noch dem gesetzlichen Urväter Hausrath entstammen. Nach § 3 des Gesetzes vom 24. April 1854 darf das Gesinde wohl Versammlungen abhalten und Vereine zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse bilden, aber das geeignetste Mittel, um seine Forderungen durchzusetzen, die Verabredung oder Aufforderung zum Streik wird mit Gefängniß bis zu einem Jahre bedroht. Das Koalitionsrecht des Gesindes gleicht also zum Verwechseln dem berühmten Messer ohne Klinge. Der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung wird aber auch über dieses von den Machthabern zwischen dem Gesinde und den gewerblichen Arbeitern ausgerichtete künstliche Bollwerk hinwegschreiten und die weiblichen wie männlichen Dienstboten aus Arbeitern zweiten Ranges zu gleichberechtigten Mitgliedern der großen Arbeiterarmee machen. Bei allen Bestrebungen, die nach dieser Richtung hin gehen, war und ist stets am nachdrücklichsten für die modernen Hörigen, die Dienstboten, eingetreten: das klassenbewußte Proletariat.

M. Kt.

Frauenbewegung.

Laura Marholm, die bekannte Anti-Frauenrechtlerin, ist zum Katholizismus übergetreten. Die katholische Presse fordert jetzt zur Unterstützung der Neubekehrten und ihres Gatten auf. Laura Marholms Eintritt in den Schooß der alleinseligmachenden Kirche nimmt uns nicht weiter wunder. Wahrhaft fanatisch — dabei freilich in geistreicher Manier und einer von überraschenden Wendungen blizenden und funkelnden Sprache — bekämpfte sie die modernen geistigen Bestrebungen der Frauenwelt. „Verachte nur Vernunft und Wissenschaft“ war das Motto, das sie dem Leben der Frau vorangeseht wissen wollte. In ihrem „Buch der Frauen“, der „Psychologie der Frau“ und anderen Schriften kleidete sie die alte Phylisterweisheit, daß die Frau ins Haus gehöre, um Gattin und Mutter zu sein, in neues, schillerndes Gewand. Eine zügellose Erotik machte sich in ihren Schriften breit und verschaffte ihr besonders in den Kreisen der Bourgeoisie eine große Leserschaft. Durchaus im Einklang mit dem reaktionären Geist, den ihre Schriften athmen, steht auch der neueste Schritt, den sie gethan, der Uebertritt zum Katholizismus. M. Kt.

Ein internationaler Verband fortschrittlicher Frauen ist nach Schluß des internationalen Frauenkongresses zu London gegründet worden. Die Anregung zur Gründung der Organisation, die 20 Mitglieder zählt, ist von deutschen radikalen Frauenrechtlerinnen ausgegangen. Der Zweck des Verbandes ist in der folgenden Resolution ausgesprochen: „Die hier versammelten Frauen aller Länder beschließen, zu einer gemeinsamen internationalen Aktion und Propaganda zusammenzutreten behufs Erlangung der ökonomischen, gesetzlichen und politischen Gleichstellung des weiblichen Geschlechts.“ Die deutschen Frauenrechtlerinnen sind im Verband durch die Damen Cauer, Dr. jur. Anita Augsburg, A. Pappriß und Dr. phil. Käthe Schirmacher vertreten. Fräulein Schirmacher wurde mit Rücksicht auf die internationalen Frauenkongresse in Paris 1900 vorläufig mit dem Sekretariat für die einleitenden Korrespondenzen betraut.

Für eine Verkürzung der Arbeitszeit der Schneiderinnen in Edinburg (Schottland) sind 300 bürgerliche Damen eingetreten. Sie richteten an die Inhaber und Inhaberinnen von Werkstätten, in denen Damenkleider angefertigt werden, ein Rundschreiben, in welchem sie im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit ersuchen, die Arbeitszeit der in Betracht kommenden Arbeiterinnen auf höchstens 8 1/2 Stunden während der ersten 5 Wochentage und auf 5 Stunden am Samstag herabzusetzen, die Ueberzeitarbeit aber mit einem Lohnzuschlag von 50 Prozent zu bezahlen. Das Rundschreiben ist von den Damen namentlich gezeichnet worden. Dem Ansuchen liegt gewiß die beste Absicht zu Grunde, aber ebenso gewiß ist, daß es nicht die Durchführung der geforderten Reform zeitigen wird. Die Unternehmer im Schneidergewerbe, wie andere Kapitalisten pfeifen auf Gerechtigkeit und Menschlichkeit, beuten ihre Arbeiterinnen ungerecht und unmenschlich aus, um dank dieser Ausbeutung möglichst hohen Profit einzufaceln. Eine Verkürzung der Arbeitszeit der Schneiderinnen wird nicht die Frucht sein von Bitten an das gute Herz der Ausbeutenden, sondern die Frucht des gesetzlichen Zwanges und der Macht der Gewerkschaftsorganisation.

Den Dokortitel honoris causa erhielt eine Dame von der Universität Halle verliehen. Die Betreffende, Mrs. Smith Lewis in Cambridge, ist als Entdeckerin und Herausgeberin von Grundtexten des alten und neuen Testaments bekannt geworden.